



"Etikettenschwindel!" - Linke kritisiert SPD-Vorstoß und fordert Rücknahme der Rente ab 67

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 23. Juli 2007

Mit Kritik hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Klaus Ernst auf den jüngsten Vorstoß der SPD zur Verabschiedung der Begleitmaßnahmen zur Anhebung der Rente reagiert:

Mit ihren Vorschlägen für einen stufenweisen Berufsausstieg und einer Teilrente ab 60 wollen die Sandkastenstrategen aus dem Willy-Brandt-Haus nur davon ablenken, dass die SPD die Rente ab 67 und damit Rentenkürzungen für Millionen Menschen zu verantworten hat.

Wer eine sichere Rente will, muss zuallererst die Rente ab 67 zurücknehmen. Um wirklich die Situation von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern, müsste nur das Altersteilzeitgesetz in seiner alten Form weitergeführt werden. Aber soziale Politik ist mit dieser SPD nicht zu machen. Erst hat sie statt des Mindestlohnes den flächendeckenden Kombilohn eingeführt, und jetzt soll offensichtlich statt der armutsfesten Rente die Kombi-Rente

kommen.

Viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden in Zukunft wegen der mit sozialdemokratischen Stimmen verabschiedeten Rentenkürzungen keine ausreichende Rente mehr erhalten. Und deshalb sollen sie in Zukunft das letzte Drittel ihres Lebens mit einer Mischung aus Arbeit und Armutsrente fristen. Unser Konzept lautet: Weg mit der Rente ab 67 und Beibehaltung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Fortführung des Altersteilzeitgesetzes, insbesondere der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit. Wer 40 Jahre Rentenbeiträge gezahlt hat, muss eine abschlagsfreie Rente erhalten.